

WAS NUTZT DIE WISSENSCHAFT DEM JUGENDSCHUTZ?

Bei der Beurteilung von Medienwirkungen kommen wir an normativen Grenzen nicht vorbei

In der Physik ist manches einfacher als in den Sozialwissenschaften: Hat man einen Wirkungszusammenhang erst einmal erkannt und dafür eine Formel gefunden, dann ist diese gültig, egal, wie oft man den Versuch wiederholt. Aber schon dann, wenn man beispielsweise komplexe Zusammenhänge wie das Wetter vorhersagen will, stößt man an Grenzen: Kleine, nicht berechenbare Vorgänge können die Großwetterlage so beeinflussen, dass auch der beste Wetterbericht nicht mehr stimmt.

Menschliche Gesellschaften sind besonders komplexe Systeme. Mit Hilfe der Sozialwissenschaften versuchen wir, ihre inneren Zusammenhänge zu erkennen und durch daraus abgeleitete Theorien Prognosen für spätere Entwicklungen herzustellen. In manchen Bereichen gelingt das bereits erstaunlich gut. So ist beispielsweise faszinierend, wie genau Hochrechnungen bei Wahlen aufgrund geringer Auszählungen von Stimmen das Endergebnis vorhersagen können. Aber schon bei Steuerschätzungen oder Prognosen über konjunkturelle Entwicklungen geraten die Experten schnell an ihre Grenzen.

Seit den 70er Jahren bemüht sich der Jugendschutz, die Beeinträchtigung oder Gefährdung von Kindern und Jugendlichen durch mediale Darstellungen insbesondere von Gewalt und Sex mit Hilfe der Medienwirkungsforschung zu erklären und zu belegen. Zahlreiche Theorien aus der Kommunikationswissenschaft oder der Psychologie wurden als Beweis dafür herangezogen, dass es Zusammenhänge zwischen fiktionaler Darstellung von Gewalt und realer Gewalt geben kann. In Analysen von insgesamt über 5.000 Studien und Untersuchungen finden wir zwar keine Beweise, aber viele Hinweise auf einen solchen Zusammenhang.

Auf einer Fachtagung anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens hat die FSF die Frage gestellt, was die Wissenschaft tatsächlich dem Jugendschutz nutzt. Prof. Dr. Jo Groebel, Professor für Psychologie und derzeit Direktor des Europäischen Medieninstituts Düsseldorf/Paris, vertrat zwar nicht die Auffassung, dass es mechanische Wirkungsprozesse gibt, denn dann müsste jeder, der einen bestimmten Film sieht, in etwa gleich darauf reagieren. Doch gibt es seiner Meinung nach ein Wirkungsrisiko, das er vor allem bei solchen Jugendlichen sieht, die Gewalt in ihrem realen Umfeld als Mittel der Konfliktlösung erleben und dasselbe System in Filmen wiederfinden.

Prof. Dr. Dieter Lenzen, Professor für Erziehungswissenschaft und Präsident der FU in Berlin, forderte dagegen dazu auf, kein Geld mehr für Wirkungsuntersuchungen zu verschwenden. Wirkungsprozesse verliefen nicht linear, es gebe keine einfachen Kausalitäten, die relevanten Variablen seien so zahlreich, dass eine Wirkungsprognose nicht möglich sei.

Viele Teilnehmer empfanden Lenzens Vortrag und seine Beiträge in der anschließenden Podiumsdiskussion als ernüchternd oder gar frustrierend. Wer aber genau hörte, konnte erkennen, dass Lenzen keineswegs der Meinung ist, der Jugendschutz solle seine Arbeit einstellen. Er hält lediglich den Versuch für verfehlt, Beeinträchtigungen oder Gefährdungen wissenschaftlich absichern zu wollen. Stattdessen fordert er die Selbstkontrolle geradezu auf, nach plausiblen Überlegungen Normen zu setzen und diese immer wieder zu überprüfen.

Prof. Dr. Dieter Dörr, Professor für öffentliches Recht an der Universität Mainz, verwies darauf, dass die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch keineswegs vom Jugendschutz verlange, Beweise für bestimmte Wirkungsannahmen vorzulegen, plausible Begründungen würden ausreichen. Solange nicht eindeutig bewiesen sei, dass negative Wirkungen auszuschließen sind, müsse der Jugendschutz von Beeinträchtigungen ausgehen und diese auch in begreiflichen Kriterien umsetzen.

Es wäre schön, wenn die Prüferinnen und Prüfer der FSF in ihrer Spruchpraxis wissenschaftliche Formeln anwenden könnten. Dann wäre ihre Arbeit gegenüber den Sendern, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit leichter zu rechtfertigen und zu begründen. Aber die Tagung hat deutlich gemacht: Die Wissenschaft bietet zwar Denkmuster an, doch letztlich müssen die Prüfer die Normen selbst setzen.

Ihr Joachim von Gottberg